

Radwege in Peru? USAID-Skandal in Deutschland schon lange bekannt

geschrieben von AR Göhring | 13. Februar 2025

(ARG)

Die Skandale kommen heuer im Stakkato – Trump & Musk sei Dank! Leider rücken durch die vielen Meldungen nicht minder skandalöse Nachrichten in den Hintergrund.

Die amerikanische Bundesbehörde USAID (Wortspiel „US-Hilfe“), bislang nicht bis kaum kontrolliert, in den 1960ern von John F. Kennedy gegründet, soll Entwicklung und humanitäre Hilfe in der Dritten Welt finanzieren.

Das tut – oder tat – sie auch. Drumherum ist allerdings ein typisch grünroter Sumpf entstanden, der in den USA hauptsächlich von der Demokratischen Partei repräsentiert wird. Der Sumpf finanziert schwachsinnige und ideologische Projekte – die natürlich von inkompetenten und faulen Parteigängern im Inland „betreut“ werden müssen.

Die Nachrichtenseite Nius dazu:

Um nur einige zu nennen: Millionen Dollar jeweils für eine Transgender-Klinik in Indien, Geschlechtsumwandlungen in Guatemala, Förderung der LSBTTIQ-Bewegung in Jamaika, für LSBTTIQ-Aktivisten in Uganda, Mazedonien, Armenien und dem westlichen Balkan, für Bildung im Bereich Gleichberechtigung und Inklusion in Nepal.

Aber ist dieser Wahnsinn qualitativ etwas Neues? Keineswegs – Deutschland hatte seinen „AID“-Skandal schon im Dezember 2023. Unser Artikel dazu als Erinnerung:

Eine kleine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag zwang die Ministerialen von Robert Habeck (Klima & Wirtschaft) und Svenja Schulze (Entwicklung), offen zu legen, wofür deutsche Steuergelder im Ausland ausgegeben werden. Ergebnis: kaum nachvollziehbar, wenn nicht bizar.

Die **Kleine Anfrage 20/9176: PARIS21* – Statistik als Instrument zur Förderung von Entwicklung** an die Regierung ergab ein 23seitiges Antwortschreiben mit höchst brisantem Inhalt – brisant für die Bundesregierung, die 900 Millionen bei den Bauern sparen will, aber über 60 Milliarden Euro für die Entwicklungshilfe am anderen Ende der Welt herausschmeißt. Und da die Ampel eine „Klima-Bundesregierung“ ist, sind die Entwicklungsprojekte meist klimatischer oder sonstwie „nachhaltiger“ Natur.

In der Kleinen Anfrage ging es vordergründig um die Mitgliedschaft Deutschlands in einem Statistik-Programm namens **Paris21** (das mit der Stadt nichts zu tun hat), in dem wir bereits als „Geber“ firmieren. Und zwar nicht zu knapp!

Die entscheidende Frage 4 der Unionsfraktion lautet:

Welche konkreten bilateralen Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um den Aufbau von Datenerfassungssystemen sowie entsprechenden Statistikämtern sowie eine wirksame Nutzung von Daten in Entwicklungsländern zu unterstützen (bitte nach Projekten und Beteiligten auf deutscher Seite, finanziellem Volumen sowie nach Partnerländern auflisten)?

Man muß gar nicht groß kommentieren, eine kleine Liste mit den teuersten der bizarren Förderungen spricht für sich:

1. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, BMWK. Habeck hat im Vergleich relativ wenige Millionen Steuergelder verschenkt. Die teuersten Posten hier:

- Saubere, bezahlbare und sichere Energie für Südostasien (CASE) Indonesien, Philippinen, Thailand, Vietnam
29.950.000 €
- Urban-Act: Integrierte städtische Klimaschutzmaßnahmen für kohlenstoffarme und widerstandsfähige Städte China, Indonesien, Indien, Phillipinen, Thailand
22.625.000 €
- Umsetzung regionaler und nationaler Anpassungsprioritäten in Zentral- und Westafrika (PACO) Benin, Kongo
19.632.346 €
- uvm.

Insgesamt „nur“ etwa 200 Millionen Euro seit Beginn der Amtsübernahme Dezember 2021.

2. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ hat deutlich höhere Summen ins Ausland verschenkt, über 65 Milliarden Euro. Die teuersten Posten hier: (in Euro, keine Kommastellen)

- Klimafreundliche Urbane Mobilität III
Indien
210.889.058
- Klimafreundliche urbane Mobilität IV
Indien
206.018.172
- Finanzierungsfazilitäten für städtische Entwicklung I
Indien
205.375.237
- Nachhaltige Stadtentwicklung – Smart Cities
Indien
164.577.625
- Klimafreundliche urbane Mobilität IV
Indien
156.534.800
- Energiereformprogramm Indien
Indien
148.870.547
- Nachhaltige und Klimaresiliente Städtische Infrastruktur
Indien
144.126.758
- Modernisierung der Stromverteilung – Smart Grids Phase I
Bangladesch
131.233.760
- Energieeffizienzprogramm Indien
Indien
122.748.763
- Regionales Programm Umwelt und Klima im Wassersektor
Zentralafrikanische Republik (Andenpakt)
120.655.989
- Klimafreundliche ÖPNV- Systeme in Lateinamerika
Zentralafrikanische Republik (Andenpakt)
106.524.721

FRAGE: Warum geht eine knappe Viertelmilliarden Euro nach Zentralafrika, obwohl Lateinamerika/ Andenpakt draufsteht? Tippfehler? Oder wurde hier nach gusto umverteilt?

- Programm zur Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele im mexikanischen Transportsektor
Mexico

- usvm.

Die Raumfahrtnation Indien hat also besonders viel erhalten für die Rettung des Klimas dort. Man fragt sich, warum diese Posten in der Diskussion, warum nur Deutschland mit seinen 2%-Anteil an der CO2-Emission die Welt retten soll, nicht genannt werden. Rettet Indien mit unseren Milliarden nicht das Klima dann auch?

Redaktionsintern haben wir uns gefragt, was wohl passieren würde, wenn kritische Journalisten oder gar EIKE-Fans zum Beispiel nach Indien reisten, um sich die Klima-Projekte dort – physisch – anzuschauen. Es gab vor ein paar Jahren ja einmal eine Baustelle mit Solardach-Bushaltestellen in Indien, bezahlt von Deutschland. Die wurde fotografiert, mit Politikern aus Ost und West.

Gäbe es nach all den Hunderten Millionen, die seitdem geflossen sind, konkrete Gebäude zu bestaunen? Teils, aber wenn Projekte schon den allgemeinen Namen „Nachhaltige Stadtentwicklung – Smart Cities“ oder „Nachhaltige und Klimaresiliente Städtische Infrastruktur“ tragen, wären Nachweise für eine intendierte Nutzung der Gelder sowieso nur in Listen oder Abrechnungen zu finden.

Nach allem, was die Erfahrung zeigt, nehmen südliche Länder gern die Klimamillionen der westlichen Länder – oder richten sogar UN-Klimakonferenzen aus.

Ansonsten pfeifen die Regierungen auf westliche Weltuntergangsnarrative, weil sie nicht daran glauben, oder weil sie lieber ihre Wirtschaft fördern. Typische Meldung aus der letzten Zeit:

Während Deutschland sich ambitionierte Klimaziele setzt und den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 plant, nimmt Indien einen gegenläufigen Kurs ein. Das südasiatische Land, verantwortlich für nahezu 7% der globalen CO2-Emissionen, beabsichtigt, seine Kohleproduktion bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln.

Und selbst wenn die indische Regierung das Klima schützen wollte, brauchte sie dafür nicht das Steuergeld der deutschen Bürger. Im August ging die Meldung herum, daß das „Chandrayaan“-Mondprogramm der Inder erfolgreich die Sonde „Vikram“ auf unserem Trabanten gelandet hatte. Was mag „Chandrayaan“ kosten? Milliarden?

Die Logik dieser Meldungen dürfte in der Bundesregierung auch nicht unbekannt sein. Warum werfen Habeck und Schulze dann die Millionen und Milliarden derart freigiebig heraus? Gibt es nicht genug mit Geld heilbare Wunden im Land, wie Armutsrenten oder Pflegenotstand? Geht es in Wirklichkeit vielleicht darum, die „nivellierte

Mittelstandsgesellschaft“, die wir seit der Adenauer-Zeit im Westen haben, wieder abzubauen? George Orwell prophezeigte genau das in „1984“ – hatte er recht?

Sonnenaktivität und El Niño beeinflussen Monsun in China – Klimaschau 211

geschrieben von AR Göhring | 13. Februar 2025

Einige Leute glauben, dass das Klima der Vorzeit monoton und ereignislos gewesen wäre. Sie glauben dies, weil der CO₂-Gehalt der Atmosphäre damals niedrig und jahrtausendelang unverändert war. Geologische Klimarekonstruktionen sprechen jedoch eine andere Sprache. Auch früher schon wandelte sich das Klima. Ganz ohne Einfluß des CO₂, dafür aber durch natürliche Klimafaktoren bestimmt.

LINKS:

[Jia et al. 2024](#)

Die größten Fehler der Energiewende – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 13. Februar 2025

Wie die obenstehende Grafik zeigt, sind die globalen Mitteltemperaturen im Januar 2025 deutlich gefallen. Die Abweichung vom langjährigen Mittel der Satellitenmessungen beträgt nur noch 0,46 Grad Celsius. Über den (nicht durch CO₂ verursachten) Erwärmungsschub in 2023/24 habe ich in meinem Oktober-Newsletter berichtet. Sie erinnern sich, die wesentlichen Ursachen waren die Verringerung der Wolkenbildung, der Vulkanausbruchs Hunga Tonga und die Reduktion des Schwefelgehalts im Schiffsdiesel – alles Faktoren die mit CO₂ wenig zu tun haben.

In den letzten 45 Jahren betrug die durchschnittliche Erwärmung 0,15 Grad Celsius pro Jahrzehnt, das entspräche 1,5 Grad in 100 Jahren. Das erklärte Ziel der Klimapolitik der UNO, Europas und Deutschlands ist es, die Erwärmung nicht über 1,5-2 Grad Celsius ansteigen zu lassen. Die allein auf CO₂ abzielenden Massnahmen stellen sich zunehmend als

untauglich, aber eben auch als unangemessen heraus, wie ich auch in diesem newsletter zeigen werde.

Wir brauchen einen revidierten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

Nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen sind nur noch die EU, Australien, Kanada, Süd-Korea, Japan, UK als Industrieländer übriggeblieben, die nach dem Pariser Abkommen zu Emissionsminderungen verpflichtet sind. Diese Industrieländer sind nur noch für 12,5 % des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich (Deutschland 1,5 %). Damit ist das Pariser Abkommen wirkungslos, weil durch eine Ländergruppe mit einem Anteil von 12,5 % des globalen CO₂-Ausstoßes die Reduktionsziele nicht erreicht werden können. Das Bundesverfassungsgericht, das die CO₂-Reduktionsziele in Deutschland an dieses Abkommen gekettet hat, und mit haarsträubenden Fehlern eine Nullemission für 2050 festgeschrieben hat (siehe unser Buch „Unanfechtbar“), kann daher an seiner Position nicht mehr festhalten, ohne Deutschland weiter massiv zu schaden. Die Gelegenheit für das Bundesverfassungsgericht, diesen Beschluss zu revidieren, ist jetzt gegeben: Denn das Gericht kann die veränderte Erkenntnislage bei den neu eingereichten Klagen von Luisa Neubauer, Greenpeace, BUND und DUH berücksichtigen, die eine Verschärfung (!) des deutschen Klimaschutzgesetzes verlangen. Die Chancen stehen besser, weil die damalige Berichterstatterin des Bundesverfassungsgerichts, die für den fehlerhaften Beschluss federführend verantwortlich war, Gabriele Britz (seinerzeit vorgeschlagen von der SPD), aus dem Verfassungsgericht ausgeschieden ist.

Wenn das Bundesverfassungsgericht seinen damaligen Beschluss nicht revidiert, bleibt nichts anderes übrig, als dass die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag den neuen Gegebenheiten Rechnung tragen und dem Beispiel der USA und Argentiniens folgen und ebenfalls aus dem Pariser Klimaabkommen austreten, solange China und arabische Ölstaaten sich unter dem Etikett der „Entwicklungsländer“ vor CO₂-Reduktionen in ihren Ländern drücken können.

Das grüne Deindustrialisierungsprogramm bis 2045

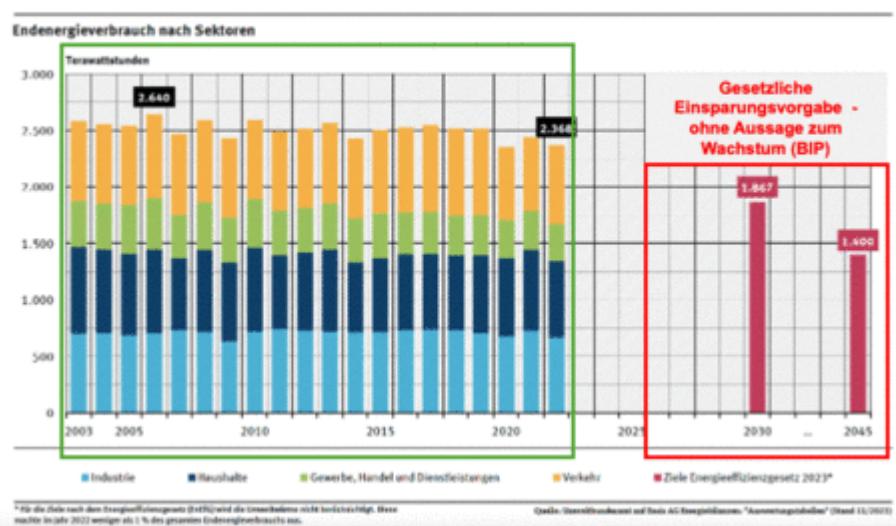
Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Kernenergieausstieg der Ampelregierung hat zutage gefördert, dass das von Bundeskanzler Olaf Scholz im Herbst 2022 verfügte „Machtwort“, demzufolge die letzten drei Kernkraftwerke bis zum 15.4.2023 weiterlaufen sollten, ein zwischen Grün und Rot abgekartetes Stück war (Youtube-Kissler kompakt Minute 1h:36).

Als Preis für das Stillhalten der Grünen erzwangen diese vom Bundeskanzler, dass das umstrittene Energieeffizienzgesetz von Rot-Grün-Gelb durch den Bundestag gewunken werden sollte. Dieses Gesetz, das ohne Übertreibung als das deutsche Deindustrialisierungsgesetz bezeichnet werden kann, wurde dann tatsächlich am 19.4.2023 durch das Bundeskabinett verabschiedet und Ende September 2023 vom Bundestag beschlossen und trat am 1.1.2024 in Kraft. Es verfügt, dass der Energieverbrauch in Deutschland bis 2045 um 45% auf 1400 Terawattstunden nahezu halbiert werden soll. Schon bis 2030 sollen 26,5% weniger Endenergie, also nur noch 1876 Terawattstunden in Deutschland

verbraucht werden. Der Endenergieverbrauch in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren bei etwa 2500 Terawattstunden nahezu konstant geblieben, obwohl das Bruttoinlandsprodukt von 2003 auf 2023 um 87% angewachsen ist. Erst in den letzten drei Jahren ging der Endenergieverbrauch in Deutschland durch die von der Ampelregierung ausgelöste Deindustrialisierung durch Verknappen von Strom- und Gasangeboten auf 2267,5 Terawattstunden in 2023 zurück.

Es ist völlig ausgeschlossen, dass der Endenergieverbrauch halbiert wird und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter wachsen kann. Das BIP wird schrumpfen, wie ich weiter unten zeigen werde. Der Bundeskanzler, die SPD und die FDP sind von den Grünen durch das Energieeffizienzgesetz auf einen Schrumpfkurs für unser Land geführt worden.

Deutschland als Meister der Effizienz: Energieverbrauch in Deutschland seit 20 Jahren konstant trotz 87 % Wirtschaftswachstum (BIP)

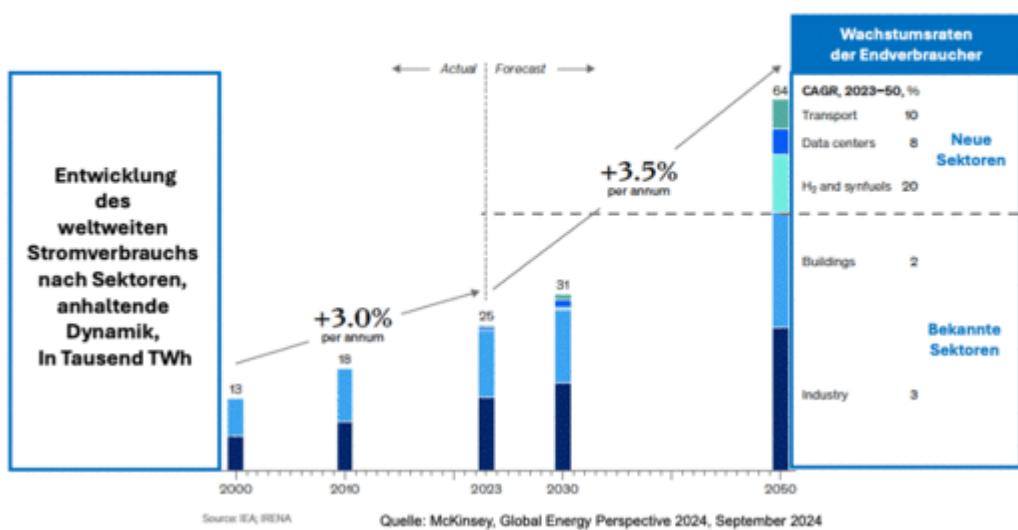


Quelle :Umweltbundesamt 2023

Dieses Gesetz ist ein wahres Monstergesetz planwirtschaftlicher Prägung und wird Deutschland, wie wir es kennen, zerstören. Daher ist es überraschend, dass über dieses grüne Deindustrialisierungsgesetz und seine zwingend notwendige Aufhebung in der nächsten Legislaturperiode nicht diskutiert wird. Auf 90 Seiten wird minutiös festgelegt, wieviel Prozent in jedem Bundesland Jahr für Jahr an Energie einzusparen ist und welche Einsparziele die Industrie und Haushalte zu erfüllen haben. Als ob in einem Land der Energiehöchstpreise nicht bislang jeder in Industrie und Haushalten versucht hat, Energie einzusparen. Aber es ist viel schlimmer: Wir wissen alle, dass der Energieverbrauch in den nächsten Jahren durch den Einsatz künstlicher Intelligenz, Aufbau von Rechenzentren und zunehmender Digitalisierung steigen wird. Daher wird in den USA alles mobilisiert, um den steigenden Energieverbrauch mit sicherer und preiswerter Energie zu befriedigen, seien es Kernkraftwerke oder fossile Kraftwerke. Der Bundesregierung fällt mit ihrem Energieeffizienzgesetz nur ein, wie man es den Betreibern von Rechenzentren in Deutschland schwerer machen kann: So sollen ab 1.1.2024 die Hälften des Stromverbrauchs der Rechenzentren aus erneuerbaren Energien und ab 2027 (!) 100% aus erneuerbaren Energien stammen. Was machen die Betreiber von Rechenzentren bei Dunkelflaute in Deutschland?

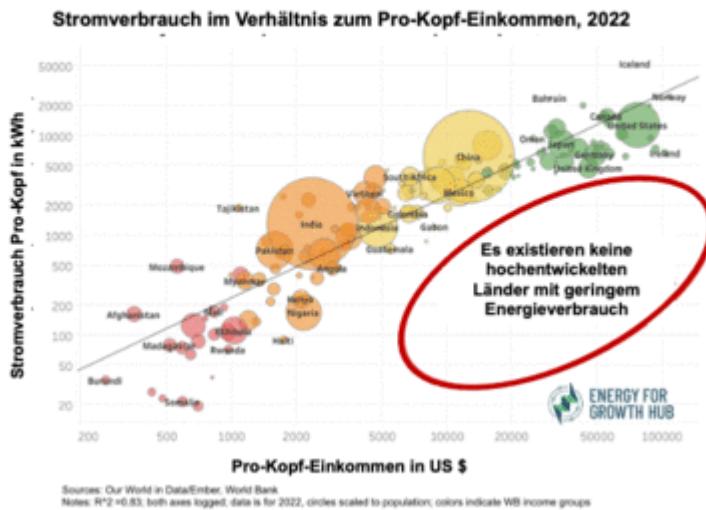
Sie werden einen Bogen um Deutschland machen. Der Gesetzgeber kümmert sich nicht darum, Rechenzentren mit möglichst preiswerter Energie zu versorgen, sondern regelt, dass Rechenzentren mit hohem Kostenaufwand die Abwärme nutzen sollen. Auf diese Weise wird der Boom, der durch Künstliche Intelligenz erzeugt werden wird, an Deutschland vorbeigehen. Deutschland spart sich zum wirtschaftspolitischen Zwerg – das will Rot und Grün – und die FDP hat hier kräftig mitgeholfen. Und die Welt wird weiter ihren Wohlstand mit neuer Technologien wachsen lassen und dies mit wachsendem Energieverbrauch bewerkstelligen, wie die Grafik von McKinsey zeigt:

Die Energieverbrauch wächst bis 2050 durch neue Sektoren (Mobilität, künstliche Intelligenz) und bekannte Sektoren (Industrie und Gebäude)



Die Rot-Grün-Gelbe Parlamentsmehrheit setzt mit dem Energieeffizienzgesetz einmal wieder auf das falsche Pferd. Das Gesetz hat nämlich gar nichts mit Energieeffizienz zu tun, sondern ist ein brutales, planwirtschaftliches Einspargesetz – ein Weniger-Energieverbrauch-Gesetz und ein Weniger-Wohlstand-Gesetz. Denn ein Blick zurück zeigt: In allen Ländern der Erde gibt es eine parallele Entwicklung zwischen Wohlstand, Energie- und Stromverbrauch wie die nächste Grafik zeigt. Auf diesen Zusammenhang bezieht sich die lesenswerte Broschüre des neuen US-Energieministers Chris Wright (Bettering human lives).

**Entwicklung, Wohlstand und technologischer Fortschritt
gehen immer einher mit Wachstum und zunehmendem Energieverbrauch**



Die schwerwiegendsten Fehler der Energiewende

1. Der bedeutendste Fehler war der **Ausstieg aus dem regelbaren und preiswerten Kohle- und Kernkraftstrom**. Deutschland benötigt 90 000 MW gesicherte Leistung. Von einst 70 000 MW Kohle- sowie Kernkraftwerken sind 40 000 MW unter schwarz-roten, schwarz-gelben und rot-grün-gelben Regierungen abgeschaltet worden. Die restlichen 30 000 MW Kohlekraftwerke sollen bis 2038 abgeschaltet werden, obwohl der Bedarf an Strom steigen wird. Die Folgen sind: Deutschland hat die höchsten Strompreise aller Industrienationen. Energieintensive Industrien ziehen sich aus Deutschland zurück. Die Deindustrialisierung zerstört den Wohlstand des Landes.

2. Der Ausbau von **Windenergie und Solar** hat die **Stromversorgung teurer und unzuverlässiger gemacht**. Den Betreibern ist eine feste Einspeisevergütung für 20 Jahre zugesagt worden. Wenn der Strompreis höher ist als die Einspeisevergütung, wird der höhere Preis bezahlt. Wenn auf Grund zu vielen Solarstroms im Sommer oder bei zu viel Wind die Strompreise gen Null gehen, ersetzt der Bundeshaushalt den Betreibern die Differenzbeträge. Für den Bundeshaushalt sind das mittlerweile 20 Milliarden € im Jahr, umgerechnet auf den erzeugten Wind- und Solarstrom sind das allein 10 €ct/kWh.

3. Um die Netzfrequenz stabil zu halten und einem Blackout vorzubeugen, müssen **immer mehr kostenintensive Netzeingriffe** (Abschaltungen von Solar- und Windkraftanlagen, Abschaltungen von Verbrauchern, Zuschalten von teureren Kraftwerken, Export von Strom zu negativen Strompreisen) stattfinden. Die Kosten dieser Redispatch-Maßnahmen betragen bislang 3,5 Milliarden € pro Jahr. Darüberhinaus kann zu wenig Strom in der Dunkelflaute im Winter und zuviel Strom in der Hellbrise im Sommer zum Zusammenbruch der Stromversorgung führen.

4. Solar- und Windenergie erfordern einen **massiven Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze**. Zu allem Überfluss haben die bisherigen Bundesregierungen festgelegt, die Hochspannungsgleichstromkabel unter die Erde zu verlegen, was zu 8-fachen Kosten führt. Nach Angaben des Bundesrechnungshofs kostet der Netzausbau auf Grund des Ausbaus der

Solar- und Windenergie 460 Milliarden €. Die Netzkosten explodieren. Industrie und Gewerbe, die heute bereits 4 €ct/kWh Netzkosten zuzüglich zum Strompreis bezahlen müssen (zum Vergleich USA 3,5 €ct/kwh Stromkosten insgesamt), müssen mit 10 €ct/kWh Netzkosten im Jahre 2030 rechnen. Damit wird die Industrie und das Gewerbe ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Lösung von Bundesregierung und CDU: Subvention der Netzgebühren durch den Steuerzahler. Die Grünen wollen die Netzkosten auf Null senken und dafür 150 Milliarden Schulden allein in 4 Jahren aufhäufen.

5. Die Bundesregierung setzt **allein auf zwei Energieträger: Solar und Wind. Das macht kein anderes Land der Welt.** Um Flauten des Windes (an ca. 120 Tagen weht in Deutschland praktisch kein verwertbarer Wind) und nichtexistierender Solarstrahlung des Nachts und im Winter entgegenzuwirken, sollen 40 -50 Gaskraftwerke gebaut werden, die auf grünen Wasserstoff umgerüstet werden sollen. Die Mehrkosten sollen auf den Strompreis umgelegt werden. Das Kernproblem hierbei ist: die Wasserstoffelektrolyse durch grünen Strom und die spätere Rückverstromung verschlingt dreiviertel der Energie. Dieser „Schildbürger – Strom“ wird viermal so teuer wie der Ausgangstrom.

6. Die Grünen verfolgen die abenteuerliche Idee, die Netzgebühren so umzugestalten, dass die **Güterproduktion in Zeiten verlagert wird, in denen die Sonne scheint und der Wind weht.** Die Regelung wäre umgesetzt worden, wenn die Ampelregierung nicht geplatzt wäre.

7. Die Energiewende hat das Ziel, den CO2-Ausstoß aus Deutschland mit Wohlstandsverlusten und Arbeitsplatzverlusten bis 2045 auf Null zu bringen. Das ist zwar wissenschaftlicher Unfug, denn **heute werden schon 57% der anthropogenen CO2-Emissionen von den Pflanzen und den Ozeanen aufgenommen.** Will man also den CO2-Gehalt der Atmosphäre nicht weiter ansteigen lassen, reicht eine Halbierung der Emissionen. Dies müsste aber weltweit passieren und nicht nur in Deutschland und Europa. Die CO2-Emissionen pro Kopf in China (8,8 t) sind höher als in Deutschland (8,2 t). Bezogen auf das Bruttosozialprodukt, werden bei der Erzeugung von Gütern in China dreimal so viel CO2 emittiert wie in Deutschland. Auch aus diesem Grunde müssen wir für jeden Arbeitsplatz in Deutschland kämpfen. China hat im letzten Jahr einen Zuwachs von 640 Mio. t mehr CO2 gegenüber dem Vorjahr emittiert. Das entspricht der Gesamtemission Deutschlands. Aber China muss nichts reduzieren, denn es gilt nach den Regularien der UNO als Entwicklungsland.

8. Die EU hat mit Unterstützung Deutschlands ein Emissionshandelssystem für CO2 eingeführt, das wie eine CO2-Steuer (z.Zt 72 €/t CO2) wirkt. Der Strompreis eines Braunkohlekraftwerks wird auf diese Weise von 3 €ct/kWh auf 10 €ct/kWh um 200 % verteuert, der Strompreis eines Gaskraftwerk um 50 %. Zudem hat die Bundesregierung Erdgas, Heizöl, Benzin, Diesel für Bürger und Gewerbe mit einer Abgabe von 55 €/t CO2 belegt. Das verteuert den Diesel um 18 €ct/l und das Erdgas um 1,2 €ct/kWh; das führt zu einer Verteuerung unseres Erdgaspreises um etwa 20%. **Um ein weiteres Abstürzen der Wirtschaft zu verhindern, müssten die CO2-Abgaben befristet massiv reduziert werden oder gar ausgesetzt werden, so wie es für die CO2-Strafzahlungen für Verbrennerautos ebenso zu fordern ist.**

Dies müsste mindestens so lange gelten, bis ein vergleichbares Niveau der CO2-Besteuerung bei unserem Hauptwettbewerber China erreicht worden ist.

9. Einen der abenteuerlichsten Auswüchse der Energiewende hat die Ampelregierung mit der Verkürzung der Abschreibung von Gasnetzen durchgesetzt. **Das deutsche Erdgasnetz, 550 000 km lang, etwa 270 Milliarden € wert, soll bis 2045 stillgelegt oder herausgerissen werden.** Durch die Verkürzung der Abschreibungsdauer bis zum Jahre 2045 erhöhen sich die Gasnetzgebühren ab diesem Jahr um bis zu 20 %.

10. Es besteht ein **Fracking-Verbot in Deutschland, dabei liegen unter der norddeutschen Tiefebene preiswertes Gas mindestens für die nächsten 30 Jahre.** Dafür importieren wir teureres Fracking-Gas mit höheren CO2-Emissionen aus den USA ohne Bedenken.

11. Die **CO2-Abscheidung bei Kohlekraftwerken**, die günstiger ist als die Zahlung der CO2-Abgabe, ist nach wie vor in Deutschland verboten.

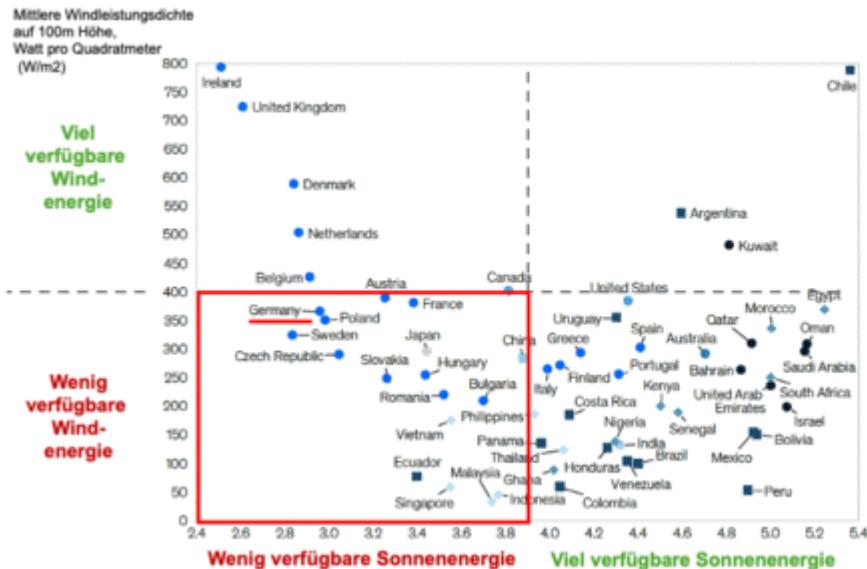
12. **Die Kernenergieforschung in Deutschland ist eingestellt worden.** Sie ist politisch nicht gewollt und erhält keine Förderung

13. **Das deutsche Energieeffizienzgesetz** schreibt die Halbierung des Energieverbrauchs fest mit einem jährlichen Rückgang um 50 Terawattstunden, und **führt zu einem wirtschaftlichen Schrumpfen Deutschlands.**

Erneuerbare-Energien-Gesetz und Energieeffizienzgesetz gehören abgeschafft

Wie sehr Deutschland auf dem rot-grünen Holzweg ist, zeigt eine weitere Grafik von McKinsey, die die Produktionsbedingungen für Solarenergie und Windenergie weltweit vergleicht. Oben sind gute Solareinstrahlung und rechts gute Windverhältnisse. Die schlechtesten Bedingungen findet man im unteren linken/roten Quadranten. Und dort finden wir Deutschland, das Land, das zu 100% seiner Energieversorgung durch erneuerbare Energien erzeugen will. Jetzt versteht man, dass 100% erneuerbare Energien in Deutschland nur zusammengehen kann mit einem „Energieverarmungsgesetz“ (Energieeffizienzgesetz). **Beides gehört ersatzlos gestrichen, wenn es Deutschland wieder besser gehen soll.**

Verfügbare Wind- und Solarenergie weltweit – Internationaler Ländervergleich



Quelle: Global Solar Atlas;
Global Wind Atlas,
McKinsey, The energy transition:
A region-by-region agenda for
near-term action, S. 26, Dez. 2022

Durchschnittliches praktisches
Potenzial an verfügbarer
Solarenergie
(PVOOUT¹ Level 1, kWh/kWp² pro
Tag, langfristig)

¹PVOOUT: Photovoltaic power output
²kWh/kWp: Kilowatt-Stunde/Kilowatt Peak

Herzlichst

Ihr

Fritz Vahrenholt

[Rundbrief weiterempfehlen](#)

NEU für Mobile-Ansicht:

Rundbrief teilen über WhatsApp, Facebook, X und andere Social Media Kanäle

[Teilen über Social Media](#)

HIER:

Rundbrief/Newsletter/Monatliche Kolumne abonnieren

Erscheint einmal monatlich und kann jederzeit abbestellt werden

[Rundbrief abonnieren](#)

Erderwärmung: Die USA erlebten gerade den kältesten Januar seit 2011

geschrieben von AR Göhring | 13. Februar 2025

(ARG)

Daß der Klimaschwindel keine „rechte Verschwörungstheorie“, sondern gelebte Verschwörungspraxis ist, ist für den neutralen Beobachter leicht zu durchschauen: Die behauptete langfristige Erwärmung der Erdatmosphäre habe nach Medien und Wissenschaftler“-Berichten stets nur negative Folgen wie

Meeresspiegelanstiege, Hitzetote, Klimaflüchtlinge, Dürre und so weiter und so fort. Die positiven Folgen einer Erwärmung – so es denn stimmte – werden vertuscht, verleugnet, verheimlicht.

Hinzu kommen spätestens seit dem Rekordwinter 2020/21 zahlreiche widersprüchliche Informationen, die klar zeigen, daß es eben NICHT wärmer wird, sondern eher kälter – und zwar in beiden Hemisphären. Schon im Nordsommer/ Südwinter 2021 erfroren Kaffeepflanzen in Brasilien. Heuer ächzen die Australier, Südafrikaner und US-Amerikaner unter Schneemassen.

In der ARD wird so etwas natürlich nicht gemeldet, oder nur versteckt. Nicht so bei EIKE:

Die USA erlebten gerade den kältesten Januar seit 2011

Leser Garik Müller ergänzt bei Facebook:

Für den Süden der USA war es sogar der zweitkälteste und schneereichste seit mehr als 125 Jahren.

Portal „Accuweather“ dazu:

Wenn Sie einen Großteil des letzten Monats in den Vereinigten Staaten fröstelnd verbracht haben, waren Sie nicht allein. Ein vorläufiger Blick auf die Temperaturdaten zeigt, dass die USA wahrscheinlich die kälteste Januar-Durchschnittstemperatur seit mindestens 2011 erlebt haben, wobei die Aufzeichnungen bis ins Jahr 1895 zurückreichen.

Wie werden Rahmstorf, Tagesschau & Co. solche

unerwünschten Informationen erklären? Wahrscheinlich wieder mit der 2021er Nummer „Polarwirbel durch Erderwärmung abgeschwächt – daher kalte Ausläufer in Europa und Amerika“ oder ähnlich. Diese Fakenuß ist allerdings nicht nachgewiesen, sondern nur durch eines der üblichen Computerprogramme „errechnet“ – siehe Heartland dazu unten.

Alternativ zum Verschweigen von unliebsamen Tatsachen schießen unsere Quantitätsmedien mit Informationen zurück, deren wissenschaftlicher Gehalt eher zweifelhaft ist:

Risse im grönländischen Eisschild immer größer

Stand: 03.02.2025 11:04 Uhr

Neue Daten zeigen: Der grönländische Eisschild bricht immer schneller auf. Wissenschaftler warnen, dass dieser Prozess den Eisverlust beschleunigen könnte – mit gravierenden Folgen für den Anstieg des Meeresspiegels.

Im Windschatten der Immigrations-Debatte: Bundestag beschließt heftige Erhöhung der CO2-Steuer

geschrieben von AR Göhring | 13. Februar 2025

(ARG)

Das Gezerre der CDU und AfD mit den Linksparteien um die Immigration wurde von einigen Beobachtern als „Schauspiel“ tituliert, weil sich im medialen Windschatten dahinter erstaunlich leicht die Abzockerei

der Steuerzahler verbergen ließ.

Der CICERO meldet dazu:

„Außerdem schafft der Entwurf die Grundlage für den Übergang in den neuen europäischen Emissionshandel für Verkehr und Wärme („ETS-2“), der ab dem Jahr 2027 eingeführt wird und den deutschen Brennstoffemissionshandel nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ablöst.“

Na, verstanden? Nein? Sollen Sie auch nicht! Quelle von Habecks Ministerium

Der MERKUR wird da schon deutlicher:

Der neue CO₂-Preis kann damit wie geplant ab 1. Januar 2027 greifen. Bis dahin läuft das bisherige System, das die meisten Verbraucher und Verbraucherinnen schon kennen, weiter. Das sieht folgenden CO₂-Preis vor:

- Seit 1. Januar 2025: 55 Euro pro Tonne CO₂
- Ab 1. Januar 2026: 55 bis 65 Euro pro Tonne CO₂
- Ab 1. Januar 2027: Wechsel zum ETS-II

Wofür das Geld bestimmt ist klar: Mit Sicherheit NICHT für die Umwelt, das Klima oder die Natur – nein, die Schröpfung der Bürger dient dazu, die Haushaltstlöcher zu

stopfen, die wegen „klimaschützenden Maßnahmen in China“, Radwegen in Peru oder der Northvolt-Pleite Habecks entstanden sind. Außerdem wächst der Umverteilungskomplex der Regenrechts-Kämpfer, Genderforscher*innen und der Thüringer-Kolonialreich-Erforscher immer mehr. Und dann ist da noch ein Krieg in Osteuropa, der von Berlins Untertanen mitfinanziert wird...